

Dank

Mein erster und besonderer Dank gilt Dr. Peter Kritzinger, Leiter des Geschichts-Lektorats bei Kohlhammer, der auf dieses Buch gesetzt, es unterstützt und klug inhaltlich beraten hat. Als Autor kann man sich eine solche Zusammenarbeit nur wünschen. Sie ist selten.

Meinem Freund und Kollegen Prof. Dr. Dr. Mathias Gutmann, Karlsruhe, danke ich für die mittlerweile schon über ein Jahrzehnt währende Zusammenarbeit in unserem gemeinsamen philosophisch-historischen Oberseminar Geschichtstheorie in jedem Wintersemester. Viele in diesem Buch behandelte Themen wie Marx, Hegel, Hermeneutik, Gesetzlichkeit, historische Anthropologie und Zyklizität hatten dort ihren ersten Probelauf. Das wäre ohne das Interesse und die kritische Mitarbeit vieler Generationen von Philosophie- und Geschichts-, aber auch Physikstudenten nicht möglich gewesen: *universitas* (f.) heißt Gesamtheit.

Die beiden Pfarrerinnen meiner Evangelischen Christuskirchengemeinde in der Karlsruher Weststadt haben mir in dem Vortragsformat „Apéro“ immer wieder Gelegenheit gegeben, meine Thesen zur Aktualität der politischen Geschichte vor dem Hintergrund des politischen Tagesgeschehens mit einem ganz anders zusammengesetzten Publikum zu diskutieren als im akademischen Unterricht. Dafür bin ich besonders dankbar, weil es für den Vertreter der Politikgeschichte gefährlich ist, wenn er sich allein dem universitären Diskursraum stellt und dann jede Öffentlichkeit wie ein Oberseminar adressiert.

Zu danken ist der studentischen Initiativgruppe Alice Gelsenlichter, Arne Cypionka, Melvin Pietschmann, Philippe Luc Priester und Jona Schichta, Karlsruhe, die nach meinem Hauptseminar über den Club-of-Rome-Bericht „The limits to growth“ von 1972 im Wintersemester 2021/22 die Ringvorlesung „50 Jahre Grenzen des Wachstums“ auf die Beine gestellt und so außerordentlich erfolgreich durchgeführt haben, dass sie mit dem Lehrpreis der KIT-Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften ausgezeichnet wurde. Die inhaltlichen Diskussionen über das Thema und die Ringvorlesung haben mir persönlich Perspektiven eröffnet, die auch in dieses Buch eingeflossen sind.

Prof. Dr. Rolf-Jürgen Gleitsmann, Karlsruhe, danke ich vor dem Hintergrund enger technikgeschichtlich-politikgeschichtlicher Zusammenarbeit seit 2001 herzlich für seine Bereitschaft, das Vorwort zu übernehmen.

Martin Ullmann, KIT-Department für Geschichte, danke ich herzlich für die Übernahme der Satzarbeit im Dialog mit dem Verlag und die sich darin ausdrückende Unterstützung durch das Department.

Rolf-Ulrich Kunze

Karlsruhe, ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffs- und Vernichtungskriegs in der Ukraine

Einleitung

Rekonstruktion?

Rekonstruktion ist ein technischer Begriff. Wiederherstellen lassen sich Artefakte wie alte Maschinen. Wer etwas rekonstruieren will, braucht Erkenntnisse über den Funktionskontext und die Gründe der Dysfunktionalität des zu rekonstruierenden Artefakts. Er braucht einen Rekonstruktionsplan, ein Rekonstruktionsziel und das notwendige Material. Eine Dampflok lässt sich sehr viel leichter rekonstruieren als eine Teildisziplin der Geschichtswissenschaft. Alle Aspekte der Rekonstruktion sind und bleiben umstritten, von der Dysfunktionalitätsdiagnose über die Reparaturmaßnahmen bis zum Resultat. Aber dieser Streit könnte Orientierungsfunktion haben.

Das für diese Reflexionen zur Politikgeschichte maßgebliche Dysfunktionalitätserlebnis war das ungläubige Erstaunen über den russischen Angriffs- und Vernichtungskrieg in der Ukraine seit Februar 2022, das weite Teile der deutschen Qualitätsmedien mit der Politikgeschichte und der repräsentativ befragten Öffentlichkeit verband. Es konnte sich der Eindruck aufdrängen, als gebe es einfach gar keine historisch-politische Sprache mehr, in der sich das nicht nur flagrant Geschehende, sondern vom russischen Diktator seit vielen Jahren präzise programmatisch Angekündigte beschreiben, vergleichen und einordnen lässt.¹ Im Gespräch mit Medienvertretern war ein regelrechtes Zurückprallen festzustellen, wenn die Rede auf den Vergleich zwischen Putin und Hitler kam, obwohl die Unterschiede wie die Gemeinsamkeiten geradezu nach zeitgeschichtlicher Kontextualisierung schreien. Abgesehen von den wenigen Osteuropa- und Experten für Militärgeschichte, hatte die deutsche institutionelle Politikgeschichte zu den Berichten von der Front und den sich verdichtenden Berichten über den russischen Terror hinter der Front in den russisch besetzten und inzwischen völkerrechtswidrig annektierten Gebieten der Ukraine erstaunlich wenig zu sagen.²

Das laute Schweigen oder das ausgeprägte Desinteresse am Krieg der anderen bestätigen in gewisser Weise eine gewachsene Irrelevanz der politischen Geschichte. Und die lässt sich nicht allein auf die zersetzenden Wirkungen des

¹ Von Ausnahmen abgesehen: u. a. <https://www.deutschlandfunk.de/historiker-schloegel-nennt-putin-wirklichkeitsfremd-100.html> [02.01.2023]; <https://www.swr.de/swr2/wissen/krieg-gegen-die-ukraine-historiker-stefan-creuzberger-russland-ist-zu-bedeutend-100.html> [02.01.2023].

² Anders Niels Drost, Beatrice de Graaf: Putin and the Third Rome. Imperial-Eschatological Motives as a usable Past, in: *Journal of Applied History* 4 (2022), S. 18–45.

postmodernen Dekonstruktivismus seit den 1980er Jahren, auf die Konsolidierungs- und Profilbildungsmaßnahmen der Bundesländer in ihrer Universitätslandschaft und auf die Abneigung gegenüber den rauher gewordenen Tonlagen in den politischen Kulturen westlicher Gesellschaften schieben. Der fast einhundertjährige Henry Kissinger ist jedenfalls als politischer Historiker und Außenpolitiker durchaus noch der Anschauung, dass die Politikgeschichte etwas zur historisch-politischen Orientierung der Gegenwart beizutragen habe.³ Er hat recht, gerade jetzt. Dieses Buch versucht zu zeigen, warum.

Um das beantworten zu können, noch einmal kurz zurück zur Rekonstruktion einer Dampflok: Jeder Museologe und Industriearchäologe ist vertraut mit der Debatte, die sich aus der schwierig zu beantwortenden Frage nach der Authentizität eines Artefakts ergibt. Angenommen ein Eisenbahnmuseum entschließt sich zur Ausstellung einer im Bestand vorhandenen Pacific-, d. h. 2'C1' h2-Schnellzugdampflok der Baureihe 01, die 1935 von der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Betrieb genommen wurde.⁴ Welcher authentische Betriebszustand soll ausgestellt werden? Der des Rollout bei einem der großen Lokomotivhersteller im Übergabefoto-Zieranstrich? Der des Ersteinsatzorts in einem Reichsbahnbezirk in schwarz-roter Standardlackierung und korrekter Führerhausbeschriftung? Mit oder ohne Gebrauchsspuren wie Beulen, Kalktrierer und Ölschmier? Mit oder ohne Hakenkreuz? Mit NS-Propagandaschriftzug „Räder müssen rollen für den Sieg!“ auf dem Schleptender aus dem Zweiten Weltkrieg? Mit den ausgebesserten Schäden nach einem Fliegerangriff der Royal Air Force auf das Heimat-Bahnbetriebswerk? Als heruntergewirtschafteter Lastenträger eines BW der Deutschen Reichsbahn in der DDR Anfang der 1950er Jahre mit einem Propagandabanner für einen Fünf-Jahres-Plan? Als Gegenstand des Reko(nstruktions)-Programm der DR mit Boxpok-Schnellfahrrädern im amerikanischen Stil, kleinen Witte-Windleitblechen und vollständiger Dampfdomverkleidung auf dem Kessel? Außerdem mit neuer digitaler (!) Computer-Nummerierung? Als abgestellte, fahruntfähige Artefaktliche voller Graffiti in einem aufgegebenen, verfallenden BW nach 1990, das von einem Verein privater Enthusiasten auch nicht gerettet werden kann? Als Ankaufobjekt des Museums, teilweise zerlegt in ordentlich beschriftete und genau verzeichnete Einzelteile, die einem gigantischen Explosionsplan zugeordnet sind? Oder soll die mit Tender 24 m lange Lok in verschiedenen Betriebszuständen gleichzeitig rekonstruiert werden?

Um diese der Rekonstruktion zugrundeliegenden Fragen wird es im Museum schon deshalb sehr wahrscheinlich Streit geben, weil es um viel Geld, viel Arbeit und Besucherzahlen geht: zwischen den Dampflokexperten, den Museumsdidaktikern, dem Finanzvorstand, dem beteiligten privaten Sponsor, dem

³ Henry A. Kissinger: *Leadership. Six studies in world strategy*, New York 2022.

⁴ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/DR-Baureihe_01 [02.01.2023].



Abb. 1: Eine Reko-01 der Deutschen Reichsbahn der DDR, 1972 in Bebra (Hessen), eine modernisierte Altbau-Lok der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit amerikanisierenden Boxpok-Rädern und auf dem Kessel verkleideten Dampfdomen. Die älteren Zeitgenossen sprachen bei Zugverbindungen über die deutsche Systemgrenze im Westen bis zum Ende der DDR von „Interzonenzügen“ – so als ob es weder die Bundesrepublik, noch die DDR geben würde. Verkehrsartefakte sind hochpolitisch, und ein ausstellendes Museum muss beantworten, was davon sichtbar gemacht werden soll.

Museumsshop, der ja schließlich wissen muss, was er bei einem führenden Modellbahnhersteller begleitend zur Ausstellung als Sonderedition und Sammlerstück in H0 in Auftrag gibt, dem privaten Verein von Enthusiasten, der die Maschine an das Museum verkauft hat, der Lokalzeitung, am Ende sogar mit einem sich für zuständig haltenden politischen Beamten der Landesregierung, der bei der Eröffnung in die Kamera lachen möchte. Keinem von ihnen gehört die Lok und ihre bewegte Geschichte allein, obwohl es sich so anhört. Jeder von ihnen vertritt einen Aspekt mit einer anderen Art von Argument. Eine Rekonstruktion ist kein von technischen Sachzwängen bestimmter, sondern teils positioneller, teils sogar emotionaler Prozess der Aushandlung mit einem in jedem Fall sehr vorläufigen Ergebnis. Das kann auch darin bestehen, dass die Museumsleitung die Lok doch lieber im Bestand lässt und auf die Rekonstruktion verzichtet, vielleicht mit dem stillen Beifall der Landesregierung.

Die hier vorliegende Rekonstruktion des Politischen ist ein engagierter fachlicher Debattenanstoß, der sich für ein bestimmtes Verständnis von Authentizität der Politikgeschichte einsetzt und dies methodisch und inhaltlich begründet. Das ergibt kein festgefügtes Lehrbuch, keine minutiöse Diskurs- und schon gar

keine pro-aktive Globalgeschichte, aber hoffentlich notwendigen Streit um ein lohnendes Objekt, die Politikgeschichte. Vital ist nur das, worüber gestritten wird.

History of Western Civilization?

Handelt es sich bei dieser Rekonstruktion des Politischen vielleicht nur um eine wiedervorgelegte *History of Western Civilization* „From Plato to NATO“? So lautete der plakative Titel einer ideengeschichtlichen Studie des Historikers David Gress aus dem Jahr 1998,⁵ von dem sich die US-College-Kultur mit ihrem Genre der *History of Western Civilization*, kurz: *Western Civ.*, unterscheidet.⁶ Diese Forschungs- und Lehrtradition bestand und besteht in vergleichbarer Weise auch in der Bundesrepublik nicht. Auch die „Geschichte des Westens“⁷ des Berliner Politikhistorikers Heinrich August Winkler, Jahrgang 1938, ist eher eine Auseinandersetzung mit dem Genre. Außerdem reagiert sie auf andere Diskurse und Debatten insbesondere in der Berliner Republik nach 1990. Zu denen gehört eine neue Form von alter Antiwestlichkeit, altem Anti-Amerikanismus und Antisemitismus, die sich toxisch verstärken und verstetigen. Das legt die Frage nahe, was den Westen historisch zusammenhält.

Seine Leitvorstellungen hat Winkler in der Einleitung zum ersten Band seiner gleichnamigen vierbändigen programmatisch festgehalten:

„Der Anspruch der unveräußerlichen Menschenrechte aber bleibt ein universaler, und solange sie nicht weltweit gelten, ist das normative Projekt des Westens unvollendet. Der Westen kann für die Verbreitung seiner Werte nichts Besseres tun, als sich selbst an sie zu halten und selbstkritisch mit seiner Geschichte umzugehen, die auf weiten Strecken eine Geschichte von Verstößen gegen die eigenen Ideale war. Doch auch sonst lässt sich aus dieser Geschichte lernen. Die wichtigste Erkenntnis ist wohl die, daß Menschenrechte, Gewaltenteilung und Herrschaft des Rechts menschenfreundliche Errungenschaften sind und ihre Abwesenheit jedes Gemeinwesen über kurz oder lang in ernste Gefahr bringt. Aufzwingen läßt sich diese Einsicht niemandem.“⁸

Die Intention eines Autors ist immer nur das eine und für die Rezeption keineswegs in irgendeiner Weise an und für sich relevant. Aber es gibt sie. Im Fall dieser Rezeption des Politischen hat sie mehr mit dem exemplarischen Zugang der *History of Western Civilization* als mit Winklers „Geschichte des Westens“ zu tun.

⁵ David Gress: *From Plato to Nato. The idea of the West and its opponents*, New York 1998.

⁶ Vgl. z. B. <https://www.college.columbia.edu/core/sites/core/files/pages/CONTEMPORARY%20CIVILIZATION%20SYLLABUS%202022-2023.pdf> [02.01.2023].

⁷ Heinrich August Winkler: *Geschichte des Westens*, Bd. 1: *Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München 42015.

⁸ Ebd., S. 17–24, 24.

Die vorliegende Rekonstruktion des Politischen ist im Unterschied zu Winkler keine epochenübergreifende narrative Gesamtdarstellung europäisch-atlantischer Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der wesentlichen Wertvorstellungen des Westens, ihrer Konstruktion, Verbreitung, ihrer Durchsetzung und des Verrats an ihnen vor allem innerhalb des Westens selbst. Hier soll es um die Reflexion von wesentlichen exemplarischen Begriffen, begrifflichen Korrelationen und Themen gehen. Das deckt sich nicht mit einer Ideen-, Struktur- oder Akteurgeschichte des Westens, hat aber immer mit Ideen, Strukturen und Akteuren der *History of Western Civilization* zu tun.

Diese Rekonstruktion des Politischen will einen Punkt machen für mehr kritisches politisches und politikgeschichtliches Westlichkeitsbewusstsein und universelle westliche politische Werte. Die Ausgangsannahme ist, dass die Indifferenz gegenüber oder antipositionelle Ablehnung von grundlegenden Ideen, Begriffen und Vorstellungen des Westens mitursächlich für die Krise der politischen Geschichte heute ist. Dass der russische Angriffs- und Vernichtungskrieg in der Ukraine neben vielem anderem auch dies erst vor Augen führen musste und konnte, zeigt auch, dass hier etwas ist, woran sich anknüpfen lässt. Für den russischen Diktator Putin bündelt der Begriff des „politischen Westens“ alles, was sein pan-russischer und imperialistischer Neo-Totalitarismus ablehnt – und, im Fall der Demokratie, fürchten muss.

Darauf zielt die hier vorliegende Argumentation, die sich als begründend positionell, aber nicht als tendenziös versteht. Platon und NATO sind auf der Haben-Seite des Westens. Aber dessen Geschichte geht darin nicht auf, dass sie auf universalisierbare Begriffe gebracht werden kann, die sich auch politisch durchsetzen lassen. Universalität ist Positionalität, aber deshalb nicht automatisch Imperialität oder Imperialismus. Der schnell erhobene Vorwurf der tendenziösen Argumentation gegen eine westliche politische Geschichte, die sich explizit auf die Seite des Universalismus des Rechts und der Menschenrechte sowie der offenen Gesellschaft stellt, mag wissenschaftstheoretisch mit Blick auf die gebotene Trennung der gesellschaftlichen Subsysteme Wissenschaft und Politik stets berechtigt sein. Es werden sich auch immer Beispiele anführen lassen und hier auch angeführt, wo der Westen eklatant hinter seinen eigenen Idealen zurückgeblieben ist und zurückbleibt. Der Vorwurf des Tendenziösen ist allerdings selbst oft von dem Bemühen zumindest um argumentative Transparenz, Fairness und Aushandlung weit entfernt. Wird er erhoben, um diverse antiwestliche Überzeugungen für objektiver zu erklären, ist er allerdings nicht nur politisch fragwürdig, sondern für die Glaubwürdigkeit der Humanwissenschaft fatal. Die Positionalität für die freiheitlich demokratische Grundordnung, für den wehrhaften Rechts- und Verfassungsstaat, ist nicht tendenziös.

Positionierung zur Forschung: Es ist nicht alles narrative Kultur und global

In seinem Beitrag über politische Geschichte in Reclams „Aufriß der Historischen Wissenschaften“, herausgegeben von Michael Maurer, schreibt der Frühneuzeithistoriker Heinz Duchhardt 2004:

„Um die Zukunft der (...) Politischen Geschichte muß man sich auch deswegen keine ernsten Sorgen (mehr) machen, als ständig neue Forschungsfelder und -ansätze erschlossen werden und dadurch in einem nicht unbeträchtlichen Maß auch in den öffentlichen und sogar politischen Raum hineinwirken.“⁹

Als Beispiele nennt Duchhardt den Diktaturvergleich im 20. Jahrhundert, die Begriffsgeschichte und die Reflexion über Teleologie in der Geschichte.¹⁰ So vital sich einige der von ihm genannten Referenzfelder wie z. B. die Begriffsgeschichte entwickeln,¹¹ so wenig scheint doch die optimistische Grundaussage von Duchhardt heute noch haltbar.¹² Zwar haben sich in den letzten zwanzig Jahren andere Gegenwartsbezüge ergeben, die für die politische Geschichte von Bedeutung sein können, z. B. die Geschichte der Nachhaltigkeit sowie eine weit gefasste Technikgeschichte.¹³ Andererseits sieht sich die Politikgeschichte unter anderem durch die Globalgeschichte neuen Herausforderungen gegenüber.¹⁴ Wesentliche Grundannahmen und Begriffe zur Organisation des Politischen werden gerade in der Global History so substanziell, eigentlich sogar: existenziell in Frage gestellt, dass abzuwarten bleibt, wie die politische Geschichte auf die Dekonstruktion aller ihrer wesentlichen politischen Referenzgrößen wie Staat und Staatlichkeit, Recht und Verfassung, westliche liberale Demokratie, offene Gesellschaft, Internationalität und politische Ökonomie, aber auch Krieg reagiert. Im Bereich der Geschichte der internationalen Beziehungen ist das schon

⁹ Heinz Duchhardt: Politische Geschichte, in: Michael Maurer (Hg.), Aufriß der Historischen Wissenschaften, Stuttgart, Bd. 3 2004, S. 14–69, 68.

¹⁰ Ebd., S. 68 f.

¹¹ Vgl. z. B. Désirée Schauz: Wissenschaftsgeschichte und das Revival der Begriffsgeschichte, in: NTM 23 (2015), H. 3, S. 53–63; Tobias Weidner: Begriffsgeschichte und Politikgeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 44 (2018), H. 1, S. 29–53.

¹² Vgl. <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-121685> [02.01.2023]; Tobias Weidner: Die Geschichte des Politischen in der Diskussion, Göttingen 2012.

¹³ Vgl. Rolf-Jürgen Gleitsmann, Rolf-Ulrich Kunze, Günther Oetzel: Moderne Technikgeschichte. Eine Einführung in ihre Geschichte, Theorien, Methoden und aktuellen Forschungsfelder, München 2022, S. 304–377.

¹⁴ Vgl. Christopher L. Hill: Nationalgeschichten und Weltsysteme. Die Beispiele Japan, Frankreich und Vereinigte Staaten, in: Sebastian Conrad, Andreas Eckert, Ulrike Freitag (Hg.), Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen, Frankfurt a. M. 2007, S. 220–247.

länger der Fall.¹⁵ Ansonsten kann es immer wieder erstaunen, wie wenig sich die politische Geschichte methodologisch mit der Globalgeschichte auseinandersetzt und ihre Defizite klar benennt.

Die Rekonstruktion des Politischen ist ein Wagnis, weil sie zu zeigen versucht, in welchen Bezügen zu anderen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Subsystemen die Relevanz der Politikgeschichte als historische Orientierungswissenschaft liegt. Das setzt in Abgrenzung von Ranke voraus, dass die politische Geschichte dies nicht mehr allein aus sich selbst heraus kann und versuchen sollte. Es geht dabei auch nicht um ein nostalgisches Projekt, in dem vorgeführt wird, wie wichtig die politische Geschichte einmal gewesen ist, sondern um das Herausarbeiten historisch-politischer Dimensionen von Relevanz in der Gegenwart. Damit ist auch nicht exklusiv gemeint, dass andere Zugänge zur politischen Geschichte deshalb defizitär, irrig oder überholt wären, im Gegenteil. Politische Geschichte ist eine Integrationswissenschaft, die inklusiv von Themen, Methoden und Theorien aus vielen Bereichen und nicht nur aus der Gegenwart lebt. Ein wichtiger Unterschied zum tagesaktuellen und strukturstarke Schwesterfach der Politikwissenschaft sollte ihre kritische Dauerreflexion der Folgen von Präsentismus sein.

Der vorliegende Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme von Relevanz der politischen Geschichte in verschiedenen inhaltlichen und methodischen Bezügen auch über die Geschichtswissenschaft hinaus erkennt die Bedeutung des Forschungsfelds der Kulturgeschichte des Politischen ausdrücklich an, sieht sich aber nicht in dieser Tradition.¹⁶ Bei der Kulturgeschichte des Politischen ist Kulturgeschichte das Bezugswort. Bei der Rekonstruktion des Politischen ist die Politik auch das Erkenntnisobjekt, aber das eines anderen Bezugsworts mit anderen Perspektiven und Erkenntnisinteressen, die auf andere Weise in die Gesellschaft hineinwirken.

In der politikgeschichtlichen Lehre wird häufig ein wissenschafts- und fachgeschichtlicher Ansatz bevorzugt.¹⁷ Das ist gut nachvollziehbar, kann aber hier nicht zugrundegelegt werden, weil es nicht nur um die Vermittlung der Wissenschaftsgeschichte der politischen Geschichte z. B. der Bundesrepublik geht, sondern u. a. um die grundsätzliche, auch wissenschaftstheoretische Relevanz für die Gesellschaft des globalen Westens in verschiedenen Funktionen und Rollen.

¹⁵ Vgl. Eckart Conze: Abschied von Staat und Politik? Überlegungen zur Geschichte der internationalen Politik, in: Ders., Ulrich Lappenküper, Guido Müller (Hg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln u. a. 2004, S. 15–44.

¹⁶ Vgl. Thomas Mergel: *Kulturgeschichte der Politik*, Version: 2.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 22.10.2012, http://docupedia.de/zg/mergel_kulturgeschichte_politik_v2_de_2012 [02.01.2023].

¹⁷ Vgl. z. B. <http://www.isb.ruhr-uni-bochum.de/lehre/sose08/kruke-politikgeschichte.html> [02.01.2023].

Eine ‚reine‘ Politikgeschichte gibt es nicht, weder in einem disziplinären Sinn der Beschränkung nur auf bestimmte Formen von Politik noch in dem Sinn einer Gleichsetzung einer selektiven politischen mit allgemeiner Geschichte. Politikgeschichte lebt von ihren „und“-Beziehungen von „... und Religion“ bis „... und Wirtschaft“. Darin ist sie dem Politischen ähnlich wie der Schatten dem schattenwerfenden Gegenstand, ohne mit ihm identisch sein zu können.

Dass in der hier vorliegenden Auswahl und Behandlung der „und“-Beziehungen z. B. von Politikgeschichte und Wirtschaft nirgendwo der Anspruch gestellt werden kann und soll, den aktuellen Forschungsstand vor sowie hinter dem „Und“ abbilden zu können, soll hier noch einmal ausdrücklich betont werden. Es geht um begründete Relevanzimpulse aus der Sicht eines politischen Historikers, nicht mehr und nicht weniger. Schön wäre, wenn mit den Vertretern dieser universalen Disziplinen der Austausch wieder so selbstverständlich würde, wie er es derzeit wohl vor allem mit den bildbeherrschenden Kulturwissenschaften ist. Bewusst vermieden werden soll hier, die Politikgeschichte zur historischen Politikwissenschaft zu erklären, so wie in der Vergangenheit die Geschichte als Wissenschaft zur historischen Sozial- oder historischen Kulturwissenschaft erklärt worden ist. Solches Labeling löst keine inhaltlichen oder methodischen Probleme. Konkrete Zusammenarbeit mit anderen Universalienfächern scheint da zielführender. Das setzt voraus, sich auf ihre Schwerpunkte im Umgang mit Geschichte einzulassen.

Über jede Auswahl lässt sich streiten, auch die von „und“-Beziehungen. Recht und Verfassung sind so sehr Bestandteil der politischen Geschichte selbst, dass sie deswegen hier nicht in diesem Zusammenhang, sondern immer wieder bei den Aushandlungsprozessen behandelt werden. In der Rechtswissenschaft stellt die historische Exegese sogar eine der legitimen Auslegungsformen von Gesetzen dar. In der Geschichtswissenschaft gehört der gesamte Bereich des Rechts zu den besonders quellen- und strukturintensiven. Dem soll so Rechnung getragen werden.

Warum sich das Politische und die politische Geschichte nicht mehr von selbst verstehen

Gerade in der deutschen Fachtradition der Politikgeschichte hat es bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts eine exemplarische Nähe zur Macht gegeben, wie sie in dem Buchtitel „From Plato to NATO“ in Verdichtung einer komplexen Interdependenzgeschichte des Westens auf globaler Ebene problematisiert wird. Politische Geschichte kann Waffenform annehmen, und die Verantwortung dafür liegt nicht nur bei denen, die Bedarf an Waffen haben, sondern auch bei denen, die sie bereitstellen. Zwischen der Geschichtsphilosophie Georg Wilhelm Friedrich Hegels und dem Historikerstreit um die historische Vergleichbarkeit des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs durch den industrialisierten Mord an den europäischen Juden 1986/87, also für nur etwas mehr als 150 Jahre, verstand sich die deutschsprachige politische Geschichte als die historische Relevanz- und Orientierungswissenschaft alles Politischen und ihres Kerns, der Macht.¹ Nach 1945 schloss das nicht mehr das Selbstverständnis und Selbstbewusstsein als allgemeine Macht- und Herrschaftswissenschaft ein.² Aber jeder Blick in einen damaligen Bibliothekszettelkasten katalog bestätigte empirisch: Geschichte ist politisch.

Diese jedenfalls herausgehobene, zugleich erworbene und zugeschriebene Relevanz war institutionell seit der Reichsgründung an die nationalstaatlichen intellektuellen Reproduktionsstrukturen, unter anderem an die Klassenschule des exklusiv bürgerlichen Gymnasiums, gebunden. Dort beherrschte sie den nationalhistorisch-politisch strukturierten Kanon und das Verständnis von Bildung. Die verstand sich zwar ausdrücklich nicht politisch, vertrat aber eine massive politische *hidden agenda* der nationalistischen Aufladung von Abstammung und Kultur. Das änderte sich erst mit der politischen Implosion des deutschen Nationalstaats 1945, dessen Voraussetzung sein Aufgehen im NS-Staat des Zivilisationsbruchs ab 1933 war.

Zunächst hatte die Verstrickung in die imperiale und schließlich universal-rassistische Agenda der „gescheiterten Großmacht“³ bis 1945 die Bedeutung der politischen Geschichte als gesellschaftliche Aufgabe nicht mehr affirmativer,

¹ Vgl. Klaus Große Kracht: Die zankende Zunft. Historische Kontroversen nach 1945, Göttingen 2005, S. 7–22.

² Vgl. die Aufsatzsammlung von Ludwig Dehio: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München 1955.

³ Andreas Hillgruber: Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871–1945, Düsseldorf 1984.